



## Niederschrift

### über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Ostseebad Laboe (LABOE/FA/01/2018) vom 31.01.2018

#### Anwesend:

##### Vorsitzender

Herr Rolf Strohmeyer

##### Mitglieder

Frau Claudia Bern

Herr Jörg Erdmann

Frau Inken Kuhn

Herr Hans-Helmut Lucht

Herr Michael Meggle

Frau Ulrike Nowack

Herr Günter Petrowski

Herr Dieter Rauschenbach

Herr Tobias Slenczek

als Vertreter für Frau Wewer

Frau Margit Wunderlich

##### Bürgermeisterin

Frau Ulrike Mordhorst

##### Gäste

Herr Jens Dittmann-Wunderlich

Gemeindevertreter

Herr Horst Etmanski

Gemeindevertreter

Frau Annette Kleinfeld

Gemeindevertreterin

Herr Martin Opp

Gemeindevertreter

Herr Kurt Jahn

Gemeindewehrführer

6 Bürger/innen

Gemeindevertreter

##### Presse

Frau Astrid Schmidt

##### von der Verwaltung

Herr Uwe Jürß

Frau Martina Kussin

Protokollführerin

Beginn: 19:00 Uhr

Ende 21:35 Uhr

Ort, Raum: 24235 Ostseebad Laboe, Schulstraße 1, im Gebäude der Grundschule (Cafeteria)

#### Tagesordnung:

#### Vorlagennummer:

#### **- öffentliche Sitzung -**

1. Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden des FWA und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit und Begrüßung
2. Genehmigung der Tagesordnung; evtl. Dringlichkeitsvorlagen und Anträge und Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandelnden Tagesordnungspunkte

3. Einwohnerfragestunde
4. Niederschrift der Sitzung des FWA vom 30.11.2017
5. Mitteilungen des Vorsitzenden
6. Mitteilungen der Bürgermeisterin
7. Stufenweise Anhebung der Zweitwohnungssteuer - Antrag der Fraktion GAL
8. Wirtschaftsplan 2018 LABOE/BV/196/2018
9. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2018 der Gemeinde Ostseebad Laboe LABOE/BV/186/2017
10. Bekanntgaben und Anfragen

**- nichtöffentliche Sitzung -**

11. Mitteilungen des Vorsitzenden
12. Mitteilungen der Bürgermeisterin
13. Personalangelegenheiten LABOE/BV/198/2018
14. Personalangelegenheiten LABOE/BV/197/2018
15. Kindertagesstättenvertragsangelegenheiten (Haushaltsplanentwurf 2018 der KiTa der evangelischen Kirche) LABOE/BV/190/2018
16. Kindertagesstättenvertragsangelegenheiten (Haushaltsplanentwurf 2018 der DRK-KiTa) LABOE/BV/191/2018
17. Kindertagesstättenvertragsangelegenheiten (Haushaltsplanentwurf 2018 der AWO-Tagespflegeeinrichtung) LABOE/BV/192/2018
18. Erbbaurecht Brodersdorfer Weg LABOE/BV/193/2018
19. Bekanntgaben und Anfragen

**- öffentliche Sitzung -**

**TO-Punkt 1: Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden des FWA und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit und Begrüßung**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

**TO-Punkt 2: Genehmigung der Tagesordnung; evtl. Dringlichkeitsvorlagen und Anträge und Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandelnden Tagesordnungspunkte**

Herr Erdmann äußert Bedenken, die Stellenpläne zum Haushaltsplan und zum Wirtschaftsplan in nicht-öffentlicher Sitzung unter „Personalangelegenheiten“ zu beraten. Die Bürgermeisterin antwortet, dass es dabei auch um einzelne Personalfragen geht und daher die Vorberatung des Stellenplanes für den nichtöffentlichen Sitzungsteil vorgesehen wurde.

## **Beschluss:**

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung genehmigt. Die Tagesordnungspunkte 11 bis 19 werden in nicht-öffentlicher Sitzung behandelt.

|                      |                |                 |             |
|----------------------|----------------|-----------------|-------------|
| Stimmberechtigte: 11 |                |                 |             |
| Ja-Stimmen: 9        | Nein-Stimmen:1 | Enthaltungen: 1 | Befangen: 0 |

### **TO-Punkt 3: Einwohnerfragestunde**

Herr Leonhardt fragt nach, warum die Stellenpläne im nichtöffentlichen Teil der Sitzung beraten werden. Herr Jürß antwortet, dass im Zuge der Beratungen evtl. Rückschlüsse auf bestimmte Personen nicht auszuschließen wären und daher der Stellenplan heute vorsichtshalber in nicht öffentlicher Sitzung unter Personalangelegenheiten behandelt werde. Die Bürgermeisterin weist daraufhin, dass der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nur einen Empfehlungsbeschluss an die Gemeindevertretung fasst. In der Gemeindevertreter Sitzung werde der abschließende Beschluss zum Stellenplan mit der Entscheidung zum Haushalt dann aber selbstverständlich in öffentlicher Sitzung gefasst. Sie nimmt die Anmerkung von Herrn Leonhardt zur Kenntnis und wird die Angelegenheit an die Verwaltung weiterleiten. Herr Meggle merkt an, dass die Diskussion zu dieser Frage hätte vermieden werden können, wenn die betreffenden Personalfragen vorab in einer gesonderten Sitzung beraten worden wären.

### **TO-Punkt 4: Niederschrift der Sitzung des FWA vom 30.11.2017**

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der FWA in seiner Sitzung vom 30.11.2017 in nicht-öffentlicher Sitzung die Auszahlung eines Zuschusses beschlossen sowie Niederschlagungen und Erlassen zugestimmt habe. Zum öffentlichen Teil der Niederschrift werden keine Anmerkungen vorgetragen. Frau Kleinfeld weist daraufhin, dass sie noch eine Anmerkung zum nichtöffentlichen Teil der Niederschrift habe, worauf sie dann im nicht-öffentlichen Teil der heutigen Sitzung noch eingehen werde.

### **TO-Punkt 5: Mitteilungen des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende hat keine Mitteilungen.

### **TO-Punkt 6: Mitteilungen der Bürgermeisterin**

Die Bürgermeisterin teilt mit, dass die Kooperationsvereinbarung für die Förderregion Kiel und Umland am 10.02.2018 unterzeichnet wird.

### **TO-Punkt 7: Stufenweise Anhebung der Zweitwohnungssteuer - Antrag der Fraktion GAL**

Der vorliegende Antrag der GAL-Fraktion vom 15.01.2018 über die stufenweise Anhebung des Steuersatzes der Zweitwohnungssteuer von 12 % auf 12,5 % zum 01.07.2018 und dann auf 13 % zum 01.01.2019 wird von Herrn Meggle erläutert.

Für die LWG-Fraktion spricht sich Frau Bern für eine Erhöhung auf 14 % aus. Sie bittet um Auskunft zum bürokratischen Aufwand bei einer etwaigen stufenweisen Anhebung.

Herr Rauschenbach empfiehlt für die SPD-Fraktion eine Erhöhung auf 14 %.

Für die CDU-Fraktion schlägt Herr Petrowski eine Anhebung auf 13 % in eine Stufe vor und hätte auch gerne Informationen zum Verwaltungsablauf.

Herr Jürß informiert, dass sich auch die schrittweise Erhöhung des Steuersatzes durch einen einzigen Satzungsbeschluss umsetzen ließe, wobei es sich dann um eine sogenannte Artikelsatzung handeln würde. Zeitpunkt und Höhe des jeweils neuen Steuersatzes würden dann in einer Tarifdatei hinterlegt, so dass diesbezüglich auch kein besonderer Verwaltungsmehraufwand bei einer Anhebung des Steuersatzes in 2 Schritten zu erwarten wäre. Herr Jürß gibt noch zu bedenken, dass es bei einer sofortigen Anhebung des Steuersatzes um 2 Prozentpunkte auf 14 % des Mietwertes nicht auszuschließen sei, dass Zweitwohnungsinhaber, die ihr Objekt bisher auch selbst genutzt haben, sich dann dazu entschließen könnten, die betreffende Wohnung künftig nur noch als (zweitwohnungssteuerfreie) reine Kapitalanlage zu nutzen. Per Saldo könnte der Steueremehrtrag dann geringer als von der Gemeinde erwartet ausfallen.

Auf Antrag von Frau Kuhn ergeht sodann folgender

**Beschluss:**

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung die Anhebung des Zweitwohnungssteuersatzes von derzeit 12 % auf 14 % des Mietwertes zum 01.07.2018.

|                      |                 |                 |             |
|----------------------|-----------------|-----------------|-------------|
| Stimmberechtigte: 11 |                 |                 |             |
| Ja-Stimmen: 5        | Nein-Stimmen: 6 | Enthaltungen: 0 | Befangen: 0 |

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nachfolgend lässt der Ausschussvorsitzende über den vorliegenden Antrag der GAL-Fraktion abstimmen.

**Beschluss:**

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung die stufenweise Anhebung des Zweitwohnungssteuersatzes von derzeit 12 % auf 12,5 % zum 01.07.2018 und auf 13 % zum 01.01.2019. Mitte 2019 erfolgt eine Überprüfung der Einnahmesituation bei der Zweitwohnungssteuer mit erneuter Beratung im Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

|                      |                 |                 |             |
|----------------------|-----------------|-----------------|-------------|
| Stimmberechtigte: 11 |                 |                 |             |
| Ja-Stimmen: 11       | Nein-Stimmen: 0 | Enthaltungen: 0 | Befangen: 0 |

**TO-Punkt 8:           Wirtschaftsplan 2018  
Vorlage: LABOE/BV/196/2018**

Die Bürgermeisterin gibt bekannt, dass der Werkausschuss in seiner Sitzung am 24.01.2018 den Wirtschaftsplan mit dem Ergebnis beraten hat, dass der Gemeindevertretung empfohlen wurde, den Wirtschaftsplan gemäß vorliegender Beschlussvorlage unter Berücksichtigung der Stellenplanänderung von 23,46 auf nunmehr insgesamt 22,46 Stellen zu beschließen, d.h. ohne die im Entwurf neu ausgewiesene Stelle unter lfd.-Nr. 02-02. Auf Nachfrage von Herrn Erdmann bestätigt Frau Mordhorst, dass sie sich als Werkleiterin gleichwohl diese neue Stelle wünschen würde. Frau Kleinfeld spricht sich für die LWG gegen die Annahme des Wirtschaftsplanes aus, insbesondere im Hinblick auf die Veranschlagungen im Bereich der Meerwasserschwimmhalle und angesichts der Hafengebührenproblematik.

## **Beschluss:**

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes der Gemeinde Ostseebad Laboe mit den Anlagen gemäß Entwurf festzustellen.

1. Es betragen
  - 1.1. im Erfolgsplan
    - die Erträge 2.092.400 €
    - die Aufwendungen 2.717.300 €
    - der Jahresverlust **624.900 €**
  - 1.2. im Vermögensplan
    - die Einzahlungen 845.800 €
    - die Auszahlungen 845.800 €
2. Es werden festgesetzt
  - 2.1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf **288.400 €**
  - 2.2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf 0 €
  - 2.3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 1.000.000 €
  - 2.4. die Gesamtzahl der in der Stellenübersicht ausgewiesenen Stellen auf 22,46 Stellen

|                     |                 |                 |             |
|---------------------|-----------------|-----------------|-------------|
| Stimmberechtigte:11 |                 |                 |             |
| Ja-Stimmen: 6       | Nein-Stimmen: 3 | Enthaltungen: 2 | Befangen: 0 |

### **TO-Punkt 9: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2018 der Gemeinde Ostseebad Laboe Vorlage: LABOE/BV/186/2017**

Der Vorsitzende gibt die Eckdaten des ausgeglichenen Haushaltsentwurfes bekannt. Das Gesamtvolumen des Verwaltungshaushaltes beträgt danach 7.485.900,00 EUR und das des Vermögenshaushaltes 1.459.500,00 EUR.

Es wird sodann eine Veränderungsliste zum Haushaltsentwurf als Tischvorlage verteilt [Anlage zum Protokoll]. Herr Jürß erläutert die Vorlage zum Haushaltsentwurf und trägt anhand der Liste die Veränderungen vor, die sich zwischenzeitlich gegenüber dem Ursprungsentwurf ergeben hätten. Er geht dabei vor allem auf die veränderten Zuweisungen an die Kindertagesstätten, auf die Verlustzuweisungen an den Gemeindebetrieb sowie auf die Kreis- und Amtsumlage ein. Insgesamt erhöhe sich das Volumen des Vermögenshaushalts um 20.000,00 EUR und der Gesamtbetrag der Kredite um 9.500,00 EUR, während der Verwaltungshaushalt in der Summe unverändert bliebe.

Herr Petrowski kritisiert die Kostenentwicklung bei der Anschlussstation für das Notstromaggregat.

Herr Rauschenbach hält die veranschlagten Mittel für die Anschaffung einer Feuerwehr-Drehleiter in Höhe von 700.000 EUR in Form einer VE für die Jahre 2019 und 2020 als sehr hoch. Er bittet hierzu um Erläuterungen.

Der Ausschuss beschließt daraufhin einstimmig, dem Gemeindeführer Jahn zur Stellungnahme das Wort zu erteilen.

Der Gemeindeführer erläutert die Notwendigkeit einer Ersatzbeschaffung. Im Jahr 2020 ist die Drehleiter 30 Jahre im Dienst. Für die Drehleiter bestand in den letzten Jahren ein hoher Reparaturaufwand. Ersatzteile für deren Elektronik seien kaum noch zu beschaffen. Ob eine neue oder gebrauchte Drehleiter angeschafft werden soll, ist noch zu klären. In engen Straßen wie z.B. der Friedrichstraße kann eine Drehleiter nur sinnvoll mit einem „abgeknickten Korb“ eingesetzt werden, die es z.Zt. aber nicht gebraucht zu kaufen gibt. Frau Mordhorst ergänzt, dass die genauen Details noch im zuständigen Bauausschuss zu beraten sein werden. Zunächst wäre nur eine Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt eingestellt worden. Bei einer Beschaffung würden im Haushalt auch Fördermittel zu berücksichtigen sein.

Im Anschluss wird zum Haushaltsentwurf eingehend Stellung genommen. So gibt Frau Bern für die LWG-Fraktion bekannt, dass diese dem vorliegenden Entwurf nicht zustimmen wird.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Lucht, dass sie dem Entwurf nicht zustimmen wird, da die Kosten für den RW-Entlastungskanal nicht schlüssig wären und die Mittelbereitstellung für die Sporthallendachsanierung in dieser Höhe nicht nachvollziehbar seien. Herr Erdmann ergänzt, dass viel getan werde; dies gehe aber auch mit einem Schuldenanstieg einher.

Frau Kuhn sieht auch den Anstieg der gemeindlichen Schuldenstandes. Gleichwohl müsse auch Einiges auf den Weg gebracht werden, so dass die SPD-Fraktion dem Haushaltsentwurf zustimmen werde. Hinsichtlich der Meerwasserschwimmhalle sei man im Übrigen an den Bürgerentscheid gebunden.

Herr Jürß schlägt vor, die im Bauausschuss beschlossenen Mittel für die Begutachtung der gemeindlichen Gehwege nicht gesondert im Haushalt auszuweisen, sondern aus der Haushaltsstelle 6300.96200 „Straßen-, Wege- und Parkplatzbau“ zu zahlen, da die Untersuchungsergebnisse vermutlich die eine oder andere Investitionsmaßnahme nach sich ziehen könnten. Außerdem werde in der Jahresrechnung 2017 bei der betreffenden HHST noch ein hinreichender Haushaltsrest verbleiben.

Aufgrund eines in der Bauausschuss-Sitzung geäußerten Wunsches erläutert Herr Jürß noch die Darstellung von Abschreibungen sowie Zuschussauflösungen im Haushalt und verdeutlicht dies anhand des Beispiels „Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik“.

**Beschluss:**

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die Haushaltssatzung 2018 mit dem Haushaltsplan und den Anlagen sowie das Investitionsprogramm gemäß Entwurf unter Berücksichtigung der Veränderungsliste [Anlage zur Niederschrift] zu beschließen. Die Gesamtzahl der Stellen ergibt sich aus dem noch in nichtöffentlicher Sitzung zu fassenden Beschluss.

|                      |                 |                 |             |
|----------------------|-----------------|-----------------|-------------|
| Stimmberechtigte: 11 |                 |                 |             |
| Ja-Stimmen: 6        | Nein-Stimmen: 5 | Enthaltungen: 0 | Befangen: 0 |

**TO-Punkt 10: Bekanntgaben und Anfragen**

Auf Nachfrage von Frau Kleinfeld berichtet die Bürgermeisterin, dass am 12.02.2018 eine Sitzung des Werkausschusses stattfinden soll; Die Vorlagen dazu werden gerade vorbereitet.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil und unterbricht die Sitzung für die Zeit vom 20.14 Uhr bis 20.21 Uhr.

|  |   |  |
|--|---|--|
| Rolf Strohmeier<br>- Ausschussvorsitzender - | Martina Kussin<br>- Protokollführerin - | gesehen:<br>Sönke Körber<br>- Amtsdirektor - |
|--|---|--|